Avanti Rhein-Neckar

88 / Dezember 2021



Theoriebeilage

10 Mio. Corona-Tote? von Winfried Wolf

ISO Rhein-Neckar

Corona 4.0 "Die reinste Form des Wahnsinns …"*

Kapitalismus stillegen!

*"Die reinste Form des Wahnsinns ist es, alles beim Alten zu belassen und gleichzeitig zu hoffen, daß sich etwas ändert." (Albert Einstein)

INHALT

TITEL

01 CORONA 4.0 Kapitalismus stilllegen?

EDITORIAL / INHALT / #ZEROCOVID

02 VERANSTALTUNGCorona ohne Ende

#ZEROCOVID

03 CORONA 4.0 Kapitalismus stilllegen?

KLIMA

04 AMPEL

Freie Fahrt für Profite

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

05 BR-WAHLEN 2022

Wie vorbereiten?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

"Die reinste Form des Wahnsinns ist es, alles beim Alten zu belassen und gleichzeitig zu hoffen, daß sich etwas ändert." Diese Formulierung wird Albert Einstein zugeschrieben, und sie trifft den Nagel auf den Kopf.

Corona 4.0 zwingt uns erneut dazu, das fortgesetzte Systemversagen zum Schwerpunkt von *Avanti*² zu machen.

Auch deshalb werfen wir einen unbestechlichen Blick in das Schattenreich der Arbeitswelt. Unter anderem sprechen wir mit Betriebsräten über einen Corona-Ausbruch im Unternehmen des BDA-Präsidenten.

In der Theoriebeilage analysiert Winfried Wolf die Ursachen und das Ausmaß der aktuellen Corona-Katastrophe.

Zum bevorstehenden Jahresende wünschen wir Euch alles erdenklich Gute!
Passt auf Euch auf und bleibt gesund!

Eure Redaktion

INHALT

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

06 GESUNDHEITSSCHUTZ Schattenreich Arbeitswelt

08 CORONA

Corona-Ausbruch bei ProMinent?

10 IG BCE-KONFERENZ Orientierungslos

POLITISCHE BILDUNG / ISO

11 SPURENSUCHE

Warum am Industriehafen?

RÜCKBLENDE / TERMINE

12 POLEN 1981

Unterdrückung der Solidarność

THEORIEBEILAGE

01 CORONA

Über 10 Millionen Tote?



Corona ohne Ende Was nun?

Virtueller Infoabend mit

Winfried Wolf

FR, 10.12.21, 19 Uhr



Zoom-Meeting bitte mit eingeschalteter Kamera beitreten per QR-Code (s. o.) oder per Kurzlink:

www.t1p.de/ZeroCovid-RN-10-12

erzeit werden weltweit offiziell rund 5,2 Millionen und in Deutschland rund 101.000 Corona-Tote gezählt. Tendenz stark steigend. Wahrscheinlich liegen die Zahlen viel höher. Zudem ist die Omikron-Variante des Virus eine neue Bedrohung.

Am 27. Januar 2020 ist bei der Firma Webasto die erste COVID-19-Infektion in Deutschland festgestellt worden. Dieser Weckruf verhallte ungehört.

Das reiche Deutschland kann bisher lediglich eine Quote von 144.616 Impfdosen pro 100.000 Personen aufweisen. Im Vergleich dazu das arme Kuba – der globale Spitzenreiter: 246,864 pro 100.000 Personen. Das ist das 1,7 fache! (Alle Zahlen laut Johns Hopkins Coronavirus Ressource Center vom 27.11.2021.)

Einerseits ist die Armut von vielen – vor allem von Frauen – stark angestiegen. Andererseits gibt es die hemmungslose Bereicherung einer kleinen Minderheit.

Nicht zuletzt aus diesen Gründen ist die offizielle "Corona -Politik" gescheitert. Es ist mittlerweile 13 Uhr und nicht "halb eins"!

Eine wesentliche Ursache für dieses Versagen ist im Fehlen einer systematischen und durchdachten Bekämpfung der Pandemie zu finden. Ein weiterer Grund liegt in der fortgesetzten, politisch gewollten massiven Schwächung der öffentlichen Gesundheitssysteme.

Hinzu kommt, dass die Arbeitswelt von Firmenleitungen zunehmend als rechtsfreier Raum verstanden wird. Gesetzliche Vorschriften zum Gesundheits- und Infektionsschutz am Arbeitsplatz werden meist missachtet.

Warum sind andere Staaten so viel erfolgreicher beim Zurückdrängen der Pandemie? Und ist es nicht höchste Zeit für einen solidarischen Lockdown, der die Schwachen schützt?

Über diese und andere Fragen wollen wir mit dem Autor und Aktivisten Winfried Wolf sprechen. Er ist einer der Initiatoren des Aufrufs #ZeroCovid und fordert Solidarität in Zeiten der Pandemie.

#Zerocovid Rhein-Neckar (28. November 2021)

Corona 4.0 Kapitalismus stilllegen!

N.B.

Wie zu erwarten war und vielfach angekündigt wurde, steigen mit den sinkenden Temperaturen die Corona-Infektionen. Wir befinden uns mitten in der vierten Welle und allen Anzeichen zufolge noch lange nicht auf dem dramatischen Höhepunkt.

abei wäre diese Welle ebenso wie viele der Infektionen der letzten zwei Jahre vermeidbar gewesen. Im Gegensatz zum Wissensstand zu Beginn der Pandemie ist das Virus mit seinen Eigenschaften mittlerweile ausreichend bekannt. Doch wie schon im Sommer 2020 wurden auch im Sommer 2021 keine entsprechenden Vorkehrungen getroffen, um ein Wiederansteigen der Infektionen zu verhindern.

Gesundheitsschutz nach dem TOP-Prinzip

Vielfach haben wir in der Vergangenheit auf das TOP-Prinzip zum Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz verwiesen, das durchaus auch in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen Anwendung finden könnte und müsste. Es meint einen Gesundheitsschutz durch technische, organisatorische und persönliche Maßnahmen, mit einer Priorisierung in der genannten Reihenfolge.

Für den Schutz vor COVID-19 würde das bedeuten: Technische Vorkehrungen durch die Versorgung mit Luftfiltern, organisatorische Maßnahmen wie die Bildung kleiner, möglichst konstanter Gruppen am Arbeitsplatz, in Bildungs-, Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen sowie persönliche Maßnahmen wie eine flächendeckende, nachvollziehbare und kostenfreie Durchsetzung der AHA-L-Regeln, Impfungen und das Bereitstellen kostenloser Masken, Tests und Desinfektionsmittel. Die Liste ließe sich fortführen. All diese Maßnahmen können einer Welle vorbeugen oder diese verlangsamen.

Für einen solidarischen Lockdown

Um die aktuelle Welle zu brechen, genügt jedoch selbst ein massenhafter Anstieg der Impfquote nicht mehr. Er würde sich erst in einigen Wochen bemerkbar auf das Infektionsgeschehen auswirken. Wir befinden uns aber in einer katastrophalen Krisensituation. Jeden Tag sterben hunderte Menschen. Jeden Tag überschreitet das Personal auf Intensivstationen seine Grenzen weiter.

Daher fordern wir wieder, wie vor knapp einem Jahr, einen solidarischen Lockdown: Alle nicht dringend lebensnotwendigen gesellschaftlichen Bereiche müssen so weit wie möglich heruntergefahren werden. Dazu zählen auch und vor allem Betriebe. Die kapitalistische Profitwirtschaft ist nicht lebensnotwendig. In der Pandemie zeigt sich mehr denn je, wie lebensgefährlich sie ist!

Stattdessen setzen die Regierenden im Bund und in den Ländern wieder darauf, Freizeitbereiche und Kultur einzuschränken, um die heilige Sphäre der profitbringenden Arbeit zu schützen. "Das Virus geht nicht nachts spazieren, sondern tagsüber arbeiten". Das war einer der Slogans gegen die inkonsequente und profitorientierte Corona-Politik in der dritten Welle. Er hat an Aktualität nichts verloren.

Für den Schutz der Ungeschützten

Unter der vierten Welle leiden mehr noch als bisher diejenigen, die sich nicht schützen können. Für Kinder bis 12 Jahre ist noch keine Impfung zugelassen, für Kinder unter fünf Jahren nicht einmal in absehbarer Zeit zu erwarten. Auch für Kinder bedeutet eine Corona-Infektion ein beträchtliches, noch nicht in vollem Ausmaß bekanntes Risiko, insbesondere für Kinder mit Vorerkrankungen. Z

In seltenen Fällen kommt es infolge von Corona-Infektionen bei Kindern zu schweren Multisystemerkrankungen. Long COVID führt bei Kindern wie Erwachsenen zu einer Vielzahl körperlicher und psychischer Symptome wie Erschöpfung, Luftnot, Gedächtnisund Konzentrationsstörungen sowie Depressionen. Auch Monate nach einer möglicherweise sogar milden Erkrankung leiden Menschen unter diesen Merkmalen. Ob sie überhaupt heilbar sind, ist noch nicht bekannt.

Hinzu kommen soziale und psychosoziale Auswirkungen der Pandemie. Für kleinere Kinder ist das Leben in der Pandemie das ganze Leben, das sie bewusst erinnern.

Wir brauchen jetzt einen effektiven Schutz der Kinder und der Menschen mit Vorerkrankungen oder anderen Risikofaktoren! Dafür müssen möglichst viele Menschen durch niedrigschwellige Angebote und nachvollziehbare Argumentationen überzeugt werden, sich und andere wirkungsvoll zu schützen. Gleichzeitig müssen wir die Querfront aus Faschismus, Impfgegnertum und Coronaleugnung bekämpfen und ihnen ihre Plattform nehmen! Denn sie gefährden gemeinsam mit der kapitalhörigen Regierungspolitik unsere Gesundheit und unser Leben.



Infostand in Mannheim, 5. Juni 2021.

Klima retten Kapitalismus entsorgen

U.D.

Die Menschheit ist mit einer ökologischen Katastrophe konfrontiert. Die fortschreitende Erderwärmung verursacht grundlegende Veränderungen des Weltklimas, der Klimazonen, der klein- wie der großräumigen Ökosysteme und somit auch der heutigen Pflanzen- und Tierwelt. Schon heute erleben Millionen Menschen Extremwetterperioden und Extremwetterereignisse und die Zerstörung ihrer bisherigen Lebengrundlagen.

Bereits in den 1950er Jahren warnten Wissenschaftler vor dem drohenden ökologischen Kollaps. Nichts geschah. Es vergingen Jahrzehnte mit neuen Studien und neuen Warnungen. Wiederum geschah nichts Entscheidendes.

Auch die Anfang November 2021 stattgefundene 26. UN-Klimakonferenz (COP 26) in Glasgow hat darin nichts geändert. Die als Erfolg bezeichnete Abschlussresolution beinhaltet keine schnell wirksamen Veränderungen der globalen Produktions- und Lieferketten. Damit ist das Ziel der drastischen Minderung des globalen CO₂-Ausstoßes, um den Temperaturanstieg bis Mitte des Jahrhunderts auf 1,5 °C zu begrenzen, in weite Ferne gerückt.

Freie Fahrt für Profitmaximierung

Mit ihrem Koalitionsvertrag macht die Ampel–Koalition deutlich, dass von ihr keine ökologische und soziale Politik für das Klima und die arbeitende Klasse zu erwarten ist. Bereits in den "Sondierungsgesprächen" ist ein so simples und wirksames Umwelt-Instrument wie das Tempolimit unter die "Ampel"-Räder gekommen. Grundlegende Verbesserungen der sozialen Lage der arbeitenden Klasse oder eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums? Fehlanzeige.

Auch zur 4. Corona-Welle oder zu den Verbrechen gegen Geflüchtete an der belarussisch-polnischen Grenze gibt es keine Antworten, die konsequent die Grundund Menschenrechte verteidigen.

Damit deutet vieles auf eine – wenn auch grün getönte – Fortsetzung der neoliberalen Politik der Schröder- und Merkel-Jahre hin. Das wird sowohl dem Klima als auch der arbeitenden Klasse teuer zu stehen kommen.

Ausbeutung von Mensch ...

"Der Mensch" hat seit seiner Existenz Natur und Lebensräume verändert. Und dies meist nicht mit Rücksicht auf die Natur. Der grundsätzliche Unterschied dazu ist, dass heute nicht nur lokal und regional in die Natur eingegriffen, sondern das globale Klima und damit unsere Lebensgrundlage rücksichtslos gefährdet wird. Einen menschengemachten Klimawandel in diesem Ausmaß gab es erdgeschichtlich bislang noch nicht.

Aber es ist nicht einfach der Mensch, der diese Katastrophe verursacht. Es ist die Art und Weise wie er im Kapitalismus handelt und produziert.

Diesem längst überholten Wirtschaftssystem ist der Zwang zur Profitmaximierung und zur permanenten Ausweitung der Märkte und der Produktion eigen. Es bedeutet die private Aneignung des gesellschaftlich geschaffenen Reichtums und die Unterwerfung des gesamten menschlichen Lebens unter das Diktat der Profitmaximierung. Es beruht auf der brutalen Ausbeutung von Mensch und Natur.

Ohne diese zerstörerischen Eigenschaften kann der Kapitalismus nicht existieren. Daran ändert auch ein grüner Anstrich nichts. Wer eine menschliche, ökologische, soziale und demokratische Gesellschaft will, muss die kapitalistische Logik überwinden, das heißt den Kapitalismus beseitigen.

Dies ist nur durch die bewusste Aktion der arbeitenden Klasse möglich. Sie allein hat die soziale Kraft, das Wissen und die Fähigkeit, die Kapitalmacht zu brechen und die Produktion ökologisch, solidarisch und gemeinschaftlich zu organisieren. Was ihr heute noch dazu fehlt, sind das notwendige Bewusstsein und die kollektive Erfahrung. Dies zu ändern, ist eine der zentralen politischen Aufgaben.

... und Natur stoppen!

Kapitalismus kann weder sozial noch ökologisch noch internationalistisch sein. Darüber muss sich die Klimagerechtigkeitsbewegung bewusst werden.

Wer die Klimakatastrophe aufhalten will, der muss den globalen Kapitalismus angreifen und durch eine rätedemokratisch geplante, ökologische und sozialistische Bedürfnisökonomie ersetzen.

Ein erster Schritt in diese Richtung ist es, eine solidarische ökologische und soziale Front aufzubauen, die sich den Herrschenden dieser Welt entgegenstellt. Werden wir in diesem Sinne überall dort aktiv, wo wir leben, lernen und arbeiten. Wir haben keine weitere Zeit zu verlieren!



ISO-Plakat in Mannheim, 27. April 2019. Foto: Avanti².

"Betriebsratswahlen 2022 – Was tun?" Gemeinsam engagieren und organisieren!

H.N.

Am 13. November 2021 fand das Herbstseminar der ISO Rhein-Neckar statt. Unser Thema: "Betriebsratswahlen 2022 – Was tun?" Unter strikter Beachtung des Gesundheitsschutzes trafen sich Betriebsratsmitglieder, Vertrauensleute und gewerkschaftlich Aktive aus sieben Betrieben. Leider konnten wir trotz großer Räumlichkeiten nicht alle Interessierten teilnehmen lassen, da die Einhaltung der Abstandsregeln gewährleistet werden musste.

ie Betriebsratswahlen im Frühjahr 2022 sind von enormer Bedeutung. Sie entscheiden darüber, ob es in den nächsten Jahren gelingt, eine an den Interessen der Belegschaften ausgerichtete Betriebsratsarbeit zu ermöglichen.

Unser Seminar war in vier Teile untergliedert:

- Chancen aktiver BR-Arbeit Austausch über beispielhafte Erfahrungen
- Politische und organisatorische Vorbereitung der BR-Wahlen
- Erarbeitung eines umsetzbaren Aktionsplans
- Fazit und Verabredungen.

Die beiden ersten Punkte wurden mit Referaten im Plenum eingeleitet, der dritte in drei Arbeitsgruppen diskutiert. Die Darstellung der AG-Ergebnisse erfolgte in der abschließenden Schlussrunde wieder gemeinsam mit allen Teilnehmenden.

Beispielhafter Kampf

Unser erster Referent vermittelte in einem fesselnden Vortrag, warum das Engagement in einem Betriebsrat trotz der sehr eingeschränkten gesetzlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten nicht nur notwendig ist, sondern auch erfolgreich sein kann.

Am Beispiel der Auseinandersetzungen um den Verkauf der Freudenberg Bausysteme KG in den Jahren 2006 und 2007 konnte er dies überzeugend darstellen.

Betriebsversammlungen, Demonstrationen und eine konsequente Torblockade waren die Kampfmittel von Betriebsrat und Belegschaft. Dadurch verhinderten sie damals den Verkauf an einen direkten Konkurrenten und einen massiven Arbeitsplatzabbau.

Dieser Erfolg war Ergebnis eines systematischen Vorgehens. Strategie und Taktik hatten sie mit dem harten Kern der Aktiven im Rahmen unserer regionalen Betriebs- und Gewerkschaftsgruppe vorbesprochen.

Die dynamische Entwicklung hin zu einem aktiven Widerstand gegen die Konzernpläne wurde von den wenigen

klassenkämpferischen Kollegen in Betriebsrat und Vertrauenskörper bewusst angestoßen und vorbereitet. So gelang es, das anfängliche Zaudern des Betriebsrats zu überwinden und das Widerstandspotenzial der Belegschaft zu entfesseln.

Kämpferische BR-Arbeit

Die Auseinandersetzung um den Verkauf der Bausysteme KG hat unserem Referenten zufolge gezeigt: "Um erfolgreiche Kämpfe führen zu können, braucht es Kolleginnen und Kollegen, die Willens und in der Lage sind, sich ausschließlich für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen im Betrieb zu engagieren."

Gefragt seien dabei "keine Einzelkämpfer", sondern "Betriebsräte, die bewusst die Belegschaft bei den Auseinandersetzungen mit der Geschäftsführung einbeziehen, um dadurch nachhaltige Erfolge zu erringen". Dies sei auch der beste Schutz gegen BR-Mobbing durch die Geschäftsleitung und ihre Handlanger.

Unserem zweiten Referenten gelang es in hervorragender Weise, diesen roten Faden aufzugreifen und weiter zu spinnen: "Wir von der ISO [...] setzen uns ein für eine aktive und kämpferische Betriebsratsarbeit, die sich ausschließlich den Belegschaftsinteressen verpflichtet fühlt".

Allerdings müsste uns klar sein: "Nicht immer finden wir für eine solche Position Mehrheiten. Weder im Betriebsrat, noch in der Gewerkschaft, noch in der Belegschaft. Manchmal stehen wir vielleicht sogar alleine da."

Das sei allerdings kein Grund zur Resignation. Im Gegenteil: "Dann gilt es zu überlegen, wie wir das ändern können. Die eigene Position stärken und über Jahre durchzuhalten gelingt dabei nur, wenn wir die vorhandenen Möglichkeiten und unsere eigenen Kräfte nüchtern und ehrlich einschätzen."

Überprüfbarer Aktionsplan

Um das zu erreichen sei ein überprüfbarer

Aktionsplan mit konkreten kurz-, mittelund langfristigen Zielsetzungen erforderlich. Dabei dürfe allerdings der Blick nicht auf die Betriebsratsarbeit verengt werden.

Es müsse vielmehr ein glaubwürdiger politischer Klassenstandpunkt entwickelt und vermittelt werden. Oder anders ausgedrückt, es sollte "immer darum gehen, Beschäftigte für ihre Interessen zu aktivieren und zu organisieren".

Dieser Ansatz erfordere Geduld und Kraft. Entscheidend seien zwei Aspekte, die Bildung eines stabilen Kerns von Aktiven im Betrieb und die überbetriebliche Vernetzung mit anderen Aktiven.

In den Diskussionen im Plenum und den drei Arbeitsgruppen gab es viele Nachfragen und engagierte Redebeiträge. Die auf dem Seminar begonnene Erarbeitung von betrieblichen Aktionsplänen für die BR-Wahlen 2022 kann in den kommenden Wochen abgeschlossen werden.

Die sehr positiven Bewertungen unserer Tagung durch die teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen sehen wir als Bestätigung unserer hartnäckigen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit an. Fortsetzung folgt!



Herbstseminar am 13. November 2021 in Mannheim.

Schattenreich Arbeitswelt

Gesundheitsschutz als Lippenbekenntnis?*

Wolfgang Hien

Die Corona-Krise hat zentrale Schwachstellen unserer gesellschaftlichen Organisation offengelegt. Eine dieser Schwachstellen ist die Arbeitswelt. Verblendet vom Lob der "schönen neuen Arbeitswelt", wie es etwa in seit einigen Jahren kursierenden regierungsoffiziellen Proklamationen zur "Arbeit 4.0" herauszuhören ist, wurden der Arbeitswelt eigene Härten und Zumutungen leicht übersehen, ebenso wie deren gesundheitliche Folgen. Krankheit gehört nicht zum Bild des fitten, agilen und erfolgreichen homo oeconomicus.

as Jahr 2020 markiert einen Umbruch. Die Corona-Krise thematisierte Verletzlichkeit, Krankheit und Tod in einer Breite, die in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands neu und einmalig ist. Der Terminus "Gesundheitsschutz" hielt Eingang in unsere Alltagssprache.

War zunächst der Fokus auf das private Leben gerichtet, so wandelte sich der Blick, als klar wurde, dass das Abflauen der ersten Welle noch längst kein Ende der Pandemie anzeigen würde. Sichtbar wurden die massiven Defizite des Gesundheitsschutzes in der Arbeitswelt.

Wahrgenommen wurden nicht nur die geradezu archaischen Arbeitsverhältnisse in Großschlachtereien und nicht nur die unter unsäglichen Bedingungen sich plagenden Logistikarbeiter*innen, die uns die halbe Welt ins Haus brachten.

Ins Blickfeld gerieten auch weitere Branchen wie zum Beispiel das Baugewerbe und die klassischen Produktionsbetriebe – beispielsweise die vielen Zulieferbetriebe der Automobilindustrie – mit ihrer Akkord- und Fließbandarbeit, die keinesfalls abgeschafft ist, wie manche fälschlich vermuteten.

Ins Blickfeld kamen nicht zuletzt auch die Büroberufe, die unter Hochleistungsdiktaten nun auch ins "Homeoffice" zu gehen hatten, was der Entgrenzung von Arbeit und Leben weiter Vorschub leistete.

Zerstörung durch Ausbeutung

Schon vor mehr als zwei Jahrzehnten beschrieb der US-Soziologe Richard Sennett die identitäts- und persönlichkeitszerstörenden Wirkungen der intensivierten und flexibilisierten Arbeit. Nicht mehr die Arbeitskraft, sondern der ganze Mensch ist gefordert – ein Prozess, der begrifflich als Subjektivierung der Arbeit gefasst wurde.

Gleichwohl versuchen die Subjekte, den Zumutungen und Zurichtungen eine positive Seite abzugewinnen und sie als Erweiterung der Selbstverwirklichungsmöglichkeiten zu deuten,



gleichsam im Sinn einer "doppelten Subjektivierung" – eine sinnwidrige und zum Misslingen tendierende Konstellation. Als Stichworte seien Überverausgabung, Erschöpfung und Depression genannt.

Beispielhaft für die doppelte Subjektivierung steht die Pflegearbeit, deren extreme Bedingungen 2020 in besonderer Weise deutlich wurden: Pflegearbeit repräsentiert eine mehrfach verschränkte Arbeitssituation, in die zugleich hohe körperliche und hohe psychomentale Belastungen eingehen.

Gefordert ist nicht nur schweres Heben, Tragen, Ziehen und Schieben und nicht nur die klassische Emotionsarbeit, sondern auch die tayloristische Einbindung in digital gesteuerte Fließprozesse, die von den Pflegekräften auch noch optimiert werden müssen. Die psychosozialen Kosten der neuen Arbeitswelt sind enorm.

Mehr als ein Drittel der Erwerbstätigen leidet an chronischen Erkrankungen, bei den ab 50-Jährigen sind es schon mehr als die Hälfte. Gemessen an den Arbeitsunfähigkeitstagen stehen Rückenund Gelenkerkrankungen immer noch an erster Stelle, mittlerweile dicht gefolgt von psychischen Erkrankungen und hier vor allem: Depressionserkrankungen. Der ursächliche Anteil der Arbeitswelt am Krankheitsgeschehen ist signifikant und wird in hoch belasteten Berufsgruppen auf 30 bis 50 Prozent geschätzt.

Defizite bei der Prävention

Die Corona-Krise hat zugleich die eklatanten Defizite der Prävention ans Tageslicht gebracht: An vielen Arbeitsplätzen und in vielen Arbeitsbereichen fehlt, obwohl durch das Arbeitsschutzgesetz seit 1996 vorgeschrieben, die gesundheitsbezogene Gefährdungsanalyse und Gefährdungsbeurteilung. Präventive Maßnahmen, das heißt gesundheitsgerechte und für die bereits Erkrankten auch leidensgerechte Arbeitsgestaltung, werden, obwohl auch dies gesetzlich verbindlich ist, dem Zufall und dem Wohlwollen von Unternehmen überlassen.

Die eigentlich vorgesehene staatliche Arbeitsschutzaufsicht ist seit den 1990er Jahren personell und auch hinsichtlich effektiver Zugriffsmöglichkeiten heruntergefahren worden, das heißt eine staatliche Kontrolle der Arbeitsverhältnisse und ihrer gesundheitlichen Gefährdungen findet weitestgehend nicht statt. Das ist schon seit geraumer Zeit so, doch erst Corona hat dies offengelegt.

Nicht nur Fleischfabriken, sondern auch Logistikfirmen, Bauunternehmen und wieder vor allem Pflegebetriebe fallen als Brennpunkte von SARS-CoV-2-Infektionen und COVID-19-Erkrankungen auf. Die Gesundheitsschutzsituation ist oftmals miserabel, in manchen Betrieben – um nur ein Beispiel zu benennen – fehlt es bis heute an qualitativ guten Schutzausrüstungen.

Im Gesundheits- und Sozialwesen sind seit Beginn der Pandemie (Stand Februar 2021) mehr als 1.200 Beschäftigte an COVID-19 schwer, das heißt hospitalisiert erkrankt und mehr als 200 von ihnen gleichsam "im Dienst" verstorben. Die Aufregung ist groß und auch in systemkonformen Medien wird breit gefragt, wie es sein kann, dass in einem hoch entwickelten Sozial- und Rechtsstaat die Arbeitsverhältnisse derart mangelhaft sind.

Nun verweist aber diese Situation gleichzeitig auf die Ebene der Subjektivität, das heißt darauf, dass die Arbeitenden selbst sich den Bedingungen unterwerfen, die sie krank machen oder für sie als Kranke nur mäßig gute Beschäftigungschancen bieten.

Unvermeidlich ist hier die Frage nach dem Eigenanteil der Subjekte an Krankheitsgenese und Krankheitsverlauf, zumal die Krankheitsdefinition und die ursächlichen Zuschreibungen viel-

Gesundheitsschutz muss erkämpft werden!

Artikkale bei Allsen Mantheim – und ein Blick nach vorne

fach im Unklaren bleiben und von soziokulturellen und sozialpolitischen Wandlungen und Konjunkturen mitbestimmt werden.

Bei näherem Hinsehen offenbaren sich einerseits Unaufgeklärtheit, Unsicherheit und Hilflosigkeit wie andererseits auch Beratungsperspektiven, die womöglich änderungsrelevante Momente enthalten oder zum Tragen bringen könnten, wenn sie in der Fläche halbwegs etabliert wären.

Aufklärung, Beratung und Unterstützung hinsichtlich Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention sind als sozialstaatliche Leistung in den Sozialgesetzbüchern breit aufgestellt – doch auch hier wiederum eher normativ denn tatsächlich real existierend.

Gesundheitsschutz erkämpfen

Insbesondere in mittleren und kleinen Betrieben bleiben chronisch Kranke oftmals sich selbst und den Unbillen der jeweiligen betrieblichen und sozialen Wirklichkeit überlassen. Arbeitsund berufsbedingte Erkrankungen werden nicht wahrgenommen, und wenn doch, so gibt es – insbesondere bei der Anerkennung von Berufskrankheiten – zahllose Hürden, die alleine kaum zu bewältigen sind.

Die sozialpolitischen, sozialpsychologischen, sozialmedizinischen, sozialkulturellen und nicht zuletzt auch die klassenpolitischen Dimensionen des Themas "Arbeit und Krankheit" sind außerordentlich vielfältig und ineinander verwoben.

Es ist höchste Zeit für eine Gesundheitsschutzbewegung in der Arbeitswelt. Sie muss "von unten" in den Betrieben gegen die Kapitalinteressen erkämpft und organisiert werden, und sie muss vor allem Betriebsräte und Gewerkschaften in die Pflicht nehmen.

*[Dieser Text ist eine redaktionell bearbeitete Fassung des im Schwerpunktheft "Arbeit und Krankheit" der Zeitschrift *Psychologie & Gesellschaftskritik* (45. Jg., Nr. 178, Heft 2-2021) erschienenen Editorials.]

Corona-Ausbruch bei ProMinent Betriebsrat sieht massive Versäumnisse der Geschäftsleitung

ProMinent ist Hersteller von Dosieranlagen und Systemen für die Wasseraufbereitung mit ca. 700 Beschäftigten am Stammsitz in Heidelberg (weltweit ca. 2.700). Rainer Dulger, einer der drei Geschäftsführer, ist seit dem 26.11.2020 Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und damit der höchste Repräsentant des Kapitals in Deutschland. *Avanti*² hat mit zwei Mitgliedern des Betriebsrates der Firma ProMinent über die aktuelle Situation gesprochen.*

hr hattet bei ProMinent im November einen großen Corona-Ausbruch in der Belegschaft. Nur wenige Monate vorher, am 18.06.2021, hat Rainer Dulger in einem Interview mit der Rhein-Neckar-Zeitung folgendes gesagt: "Wir haben diese Krise gemeinsam gut gemeistert – Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben zusammengestanden. Das hat gut funktioniert und gezeigt, wie stark die Sozialpartnerschaft hier in diesem Land ist." Was haltet Ihr von dieser Aussage?

Benedikt: Mit dieser Aussage kann er

mit Sicherheit nicht seinen eigenen Betrieb ProMinent gemeint haben. Der große Coronaausbruch in der Serviceabteilung der ProMinent Deutschland GmbH ist doch ganz offensichtlich deswegen erfolgt, weil bei uns gerade nichts gut gemeistert worden ist und weil es bei uns auch keine Sozialpartnerschaft gibt.

Kannst Du das genauer erklären?

Benedikt: Anfang November wurden in der Serviceabteilung von den damals anwesenden neun Beschäftigten fünf positiv getestet und nach Hause geschickt. Für den Rest der Abteilung wurde dann "Homeoffice"

angeordnet. Der genaue Ansteckungsverlauf ist derzeit noch nicht abschließend geklärt, aber es liegt der Verdacht sehr nahe, dass dieser Coronaausbruch durch die Vorgaben der Geschäftsleitung zumindest begünstigt worden ist.

Wie kommst Du zu dieser Feststellung?

Benedikt: Das Ganze hat eine Vorgeschichte. Etwa drei Jahre vor der Corona-Pandemie hat die Geschäftsleitung unsere alte Betriebsvereinbarung "Telearbeit" gekündigt, weil sie der Auffassung war, dass die Beschäftigten, die zuhause arbeiten wollen, diese Vereinbarung wegen der nicht zu

Solidarischer Shutdown jetzt!

ZERO\ COVID\J

Menschen vor Profite!

kontrollierenden Arbeitszeit missbrauchen würden. Tatsächliche Vorfälle, die das bestätigen, sind mir und dem Betriebsrat allerdings nicht bekannt.

Das hat aber dazu geführt, dass wir zu Beginn der Pandemie keine gültige Betriebsvereinbarung hatten, in der die Arbeit im "Homeoffice" geregelt war. Als die Pandemie im Frühjahr 2020 Fahrt aufnahm, musste schnell eine Vereinbarung her, die aber mit heißer Nadel gestrickt wurde und von der Geschäftsleitung und den Vorgesetzten nur noch im Sinne der Betriebsinteressen ausgelegt wird. Wegen des Misstrauens gegenüber der Belegschaft hat die Geschäftsleitung immer darauf geachtet, dass die Tätigkeit im "Homeoffice" sehr restriktiv gehandhabt wird. Dies hat sich nun gerächt.

Harald: Hinzu kommt, dass die Serviceabteilung im Juli 2021 in ein neues Gebäude umgezogen ist. Der Betriebsrat hat diesem Umzug nicht zugestimmt, weil aus seiner Sicht wichtige Voraussetzungen zum Schutz vor einer Coronainfektion nicht erfüllt waren. Bei der Bewertung dieser Voraussetzungen hat der Betriebsrat im Rahmen der Gefährdungsanalyse (GFA) und Gefährdungsbeurteilung (GFB) ein Mitbestimmungsrecht.

Es waren vor allem die beengten räumlichen Verhältnisse der neuen Büros, die der Betriebsrat schon im Vorfeld beanstandet und eine geringere Belegung gefordert hatte. Vor Corona haben in den alten Büros maximal zwei Personen in einem Raum gearbeitet. Während der Pandemie wurde diese Belegung wegen der Infektionsgefahr auf nur noch eine Person beschränkt. Nach dem Umzug - während die Coronainfektionen in der vierten Welle bereits wieder stark anstiegen – sollten nun in den neuen Räumlichkeiten jeweils zwei Personen pro Büro ständig in Präsenz anwesend sein.

Ende Oktober 2021 kam es zu einer Besichtigung der neuen Räumlichkeiten durch einen ehemaligen Geschäftsführer, hier wurde die Präsenz der Beschäftigten in der Serviceabteilung sogar direkt abverlangt. Die Bedenken des Betriebsrats wegen des erhöhten Infektionsrisikos haben die Geschäftsleitung aber zu keinem Zeitpunkt gejuckt, mit der Folge, dass sich jetzt so viele Beschäftigte angesteckt und zumindest in einem Fall auch eine schwere Erkrankung zu beklagen ist.

Der Coronaausbruch hätte also vermieden werden können?

Harald: Ich glaube schon, dass bei einer



geringeren Belegung der Büros beziehungsweise bei einer früheren und umfassenderen Nutzung der "Mobilen Arbeit" der Ausbruch hätte verhindert werden können. Zumindest die Anzahl der Infizierten wäre wesentlich geringer gewesen. Die Aussage von Rainer Dulger, es sei in der Coronazeit alles gut gelaufen, steht in direktem Widerspruch zur gelebten Praxis bei ProMinent.

Ist das Verhalten der Geschäftsleitung gegenüber dem Betriebsrat also problematisch?

Benedikt: Das ist leider so. Wir erleben schon seit Jahren, dass unsere Geschäftsleitung den Betriebsrat und wichtige Gesetze wie das Betriebsverfassungsgesetz oder auch das Arbeitsschutzgesetz nicht ernst nimmt. Die Zusammenarbeit im Betrieb setzt aber voraus, dass die Mitbestimmung des Betriebsrats anerkannt wird. So ist der Betriebsrat gesetzlich verpflichtet, die Einhaltung der zugunsten der Beschäftigten wirkenden Gesetze zu überwachen und einzufordern. Wir machen schon seit Jahren die Erfahrung, dass die Arbeit des Betriebsrats nicht gewünscht ist.

Kannst Du das an einem Beispiel deutlich machen?

Benedikt: Dem Betriebsrat wird immer wieder von vorneherein ein destruktives Verhalten unterstellt, weil er nicht zu allem, was die Geschäftsleitung will, Ja und Amen sagt. Erst kürzlich wurde dem KBR-Vorsitzenden und dem stellvertretenden BR-Vorsitzenden von einem Geschäftsleitungsmitglied die Kündigung angedroht, weil sie die Umsetzung des

Arbeitsschutzgesetzes fordern und dies per Einigungsstelle durchsetzen wollen.

Des Weiteren werden dem Betriebsrat erforderliche Schulungen und Seminare verweigert, mit dem Argument, diese seien entweder zu teuer oder aus Unternehmenssicht nicht notwendig. Der Betriebsrat wird dadurch gezwungen, seine Rechte über das Arbeitsgericht durchzusetzen, was natürlich zusätzliche Kosten für das Unternehmen bedeutet. Dies zeigt aber, dass das Kosten-Argument nur als Vorwand dient, um den Betriebsrat von seiner Arbeit und der dafür erforderlichen Qualifizierung abzuhalten.

Die Geschäftsleitung geht dabei soweit, dass sie, wie auf Betriebsversammlungen schon geschehen, den Betriebsrat vor der versammelten Belegschaft angreift. Sie hat zum Beispiel behauptet, der Betriebsrat verursache so viele unnötige Kosten, dass der Betrieb an anderer Stelle leider zu Lasten der Belegschaft sparen müsse. Das heißt nichts anderes als: Der Betriebsrat ist schuld daran, dass das Unternehmen Verbesserungen für die Belegschaft nicht finanzieren könne. Das Ziel dabei ist klar. Die Belegschaft soll gegen den Betriebsrat aufgebracht werden, um ihn zu isolieren und fertig zu machen. Soweit werden wir es aber nicht kommen lassen. Wir werden uns mit allen Mitteln dagegen zur Wehr setzen.

Dazu wünschen wir Euch viel Erfolg! ■

^{* [}Das Gespräch führte O. T.; die Namen der Kollegen wurden aus Sicherheitsgründen geändert.]

Kongress der IG BCE Vorwärts – und alles vergessen?*

J. H. Wassermann

Vom 24. bis 28. Oktober 2021 haben 400 Delegierte und knapp 300 weitere ehrenamtliche und hauptamtliche Funktionärinnen und Funktionäre am 7. Ordentlichen Gewerkschaftskongress der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) in Hannover teilgenommen. Die IG BCE ist mit knapp 600.000 Mitgliedern die zweitstärkste Industriegewerkschaft in Deutschland.

Erst wählen, dann diskutieren

Neben den fünf ehrenamtlichen Mitgliedern des geschäftsführenden Hauptvorstandes (gHV) wurden aus den acht Landesbezirken je drei ehrenamtliche Hauptvorstandsmitglieder gewählt, sowie je eine Vertreterin der Personengruppen Frauen und Jugend. Die drei männlichen gHV-Mitglieder erhielten "SED-Ergebnisse" von 95 % plus, ihre beiden Kolleginnen knapp unter 90 %.

Für die Hauptamtlichen und für alle, die den Apparat für das Wichtigste einer Gewerkschaft halten, sind natürlich die Wahlen und das Presseecho am bedeutsamsten bei einer solchen Veranstaltung.

Partner in der "Transformation"

Die IG BCE hat schon mehrfach gezeigt hat, wie ganze Branchen "abgewickelt" und dabei zehntausende von Arbeitsplätzen mit kräftiger staatlicher Bezuschussung "sozialverträglich" ausradiert werden können.

Die IG BCE-Führung sieht sich als "verlässlicher" Partner der anstehenden "unvermeidlichen, notwendigen und wünschenswerten Transformation". Wünschenswert ist sie nicht etwa wegen des zu begrenzenden Klimawandels, das ist das Notwendige. Und auch nicht wegen der internationalen Konkurrenz um neue, weniger umweltschädliche Technologien – das ist das Unvermeidliche. Die neuen industriellen Wertschöpfungsketten sollen aber in Deutschland entstehen, das ist das Wünschenswerte. Der Weg dahin soll aber "fair und gerecht" sein.

Besondere "Diskussionskultur" ...

Wird denn bei einem IG BCE-Kongress nicht über die Inhalte und die Ausrichtung, was in Zukunft gemacht werden soll, diskutiert? Doch, allerdings in einer ganz besonderen Form. Üblicherweise findet diese Debatte bei der Antragsberatung statt.

Aus den Basisgliederungen der Vertrauensleute und Ortsgruppen konnten Anträge über die Bezirks- und Landesbezirksdelegierten-konferenzen gestellt werden. Dieses Jahr waren es 460 und damit mehr als je zuvor. Sie wurden dann in einem zweitägigen Sitzungsmarathon abgearbeitet.

In den Sachgebieten: Wirtschaft, Gesellschaft, Industriepolitik, Organisationsleben und Tarifpolitik stand jeweils ein – zwar nicht so genannter, aber die Funktion erfüllender – "Leitantrag" des Hauptvorstandes am Anfang.

Bei der Beratung wird dann von der mächtigen Antragskommission, die im Vorfeld alle Anträge durchgearbeitet und mit Empfehlungen versehen hat, erklärt, dass mit der Annahme des Leitantrages zahlreiche Anträge "als Material" auch angenommen seien.

Bei vielen Anträgen war das Anliegen so gelagert, dass eine An-

nahme zu "verpflichtend" wäre, aber niemand die grundsätzliche Berechtigung bestreiten mochte. Dann wird es als unverbindliches Material an "Hauptvorstand weitergeleitet". Dieses Schicksal ereilte immerhin 79 von den 460 Anträgen.

Und dann gab es noch ein paar wenige Anträge, die zur "Ablehnung" empfohlen wurden. Das war dann der Fall, wenn es im Widerspruch zur Beschlusslage stand oder politisch nicht gewollt war.

Dieses Verfahren führte dazu, dass es praktisch keine inhaltliche Diskussion gab. Es gab zwar auf diesem Kongress mehr Wortmeldungen in der Antragsdebatte als je zuvor. Aber Kritik an den Leitanträgen gab es keine.

... mit nur zwei Ausnahmen

Es gab nur zwei Ausnahmen von dieser "Diskussionskultur".

Beim Thema Rente gibt es immer noch einige Unverzagte, die finden, dass das gesetzliche Rentenalter mit 67 Jahren zu hoch sei und 45 Beitragsjahre zu viele seien, um ohne Abschläge in Rente zu gehen. Die Beschlusslage war und ist aber, dass die neoliberalen "Reformen" der "Agenda 2010" nicht rückgängig gemacht werden könnten.

Von "der Jugend" gab es offensichtlich abgesprochene Versuche, "ihre" Anträge jeweils zu popularisieren. Die bisher unverbindliche tarifliche Vereinbarung zur Gesamtanzahl von Ausbildungsplätzen in der Chemieindustrie sollte in eine verbindliche, betriebsbezogene Quote umgeformt werden.

Zwei konkrete Anträge zur Übernahme nach der Ausbildung und zum Rentenalter wurden nach entsprecheder Empfehlung der Antragskommission abgelehnt.

"Geräuschlose" Tarifpolitik

Unvoreingenommene könnten annehmen, dass Tarifpolitik der



Aktive IG BCE-Basis am 1. Mai 2021 in Mannheim.

Foto: helmut-roos@web.de

Kern von Gewerkschaft sei. Und dass es deshalb darüber bestimmt Diskussionen geben würde. Dem war nicht so. Vor einigen Jahren hatte es nach einem Tarifabschluss in der Chemischen Industrie noch mehrere hundert Austritte ausgerechnet beim Kernbetrieb BASF in Ludwigshafen gegeben. Aber seitdem hört man nichts von einer Kritik an den meist "geräuschlos" erreichten Regelungen.

Aus der beschlossenen Antragslage lässt sich auch nicht ableiten, welche Art von Tarifpolitik die IG BCE in der Zukunft verfolgen wird. Der Leitantrag war so allgemein formuliert, dass damit alles gerechtfertigt werden kann. Nicht weniger als 23 weitere tarifpolitische Anträge wurden hier als "Material angenommen". Aber mit Ausnahme eines Antrags, welcher eine Lanze für Arbeitszeitverkürzung in jeder Form brach, und dies als allgemeine Orientierung vorschlug, gab es auch in diesen Anträgen keine wirklichen Alternativen oder Fokussierungen.

Kultur als Kitt

Eine Großveranstaltung über fünf Tage mit mehreren Hundert Teilnehmenden braucht auch etwas Kultur, am besten Musik zum Mittanzen und Mitsingen.

Diesmal spielten bei der Eröffnungsfeier die Brings aus Köln Mundartrock. Die IG BCE hatte einen eigenen Rocksong in Auftrag gegeben, der mit großem Beifall bedacht wurde. Die Band spielte auch ihre verrockten Versionen des Einheitsfrontliedes und des Solidaritätsliedes. Ob nun der Text das Publikum begeisterte oder einfach der schmissige Rhythmus des Discofox, man weiß es nicht. Und welche Umdrehungszahlen Bertold Brecht und Hanns Eisler in ihren Gräbern erreichten, war auch nicht festzustellen.

Zum Abschluss wurde dann gemeinsam "Brüder zur Sonne, zur Freiheit" gesungen: "Brüder, in eins nun die Hände, Brüder, das Sterben verlacht! Ewig, der Sklav'rei ein Ende, heilig die letzte Schlacht!"

Nach diesem Gewerkschaftskongress darf weiterhin bezweifelt werden, dass die IG BCE "der letzten Schlacht" oder überhaupt einer Auseinandersetzung, die diesen Namen verdient, entgegenfiebert.

*[Dies ist eine aus Platzgründen stark gekürzte und redaktionell bearbeitete Fassung des ursprünglich im Netz veröffentlichten Textes - www.intersoz.org/ vorwaerts-und-alles-vergessen/]

Spurensuche am Industriehafen

M. G.

Am Sonntag, den 7. November 2021, führte uns unser diesjähriger Herbstausflug zur Erkundungstour an den Mannheimer Industriehafen. Dort gab es vieles zu entdecken.

ir folgten einem beschilderten Rundweg, den Rhein-Neckar Industriekultur e. V. eingerichtet hatte. Über 30 interessante Bauwerke – Fabriken, Speicher, Mühlen, Fabrikantenvillen, Brücken, Schleusen ... – säumen den Weg. Ihre jeweilige Geschichte wird sachkundig auf bebilderten Infotafeln erklärt.

Wirtschafts-, Sozial-, Technik- und Architekturgeschichte verbinden sich an vielen Stellen und treffen auf neue Industriekultur und die Umwidmung aufgegebener Firmen.

Am Beispiel der Zahnradpumpenfabrik Mannheim ehemals Neidig kann der spannende Aufstieg und Niedergang eines Unternehmens am Industriehafen nachvollzogen werden.

1903 ist die Firma unter dem Namen des Gründers Neidig in einer zur Werkstatt umgewandelten Waschküche entstanden. Ihr hauptsächliches Produkt Zahnradpumpen wurde (und wird auch heute noch) in Verbrennungsmotoren, Maschinen und Industrieanlagen eingesetzt. Vor dem Ersten Weltkrieg sollen Anarchisten einen mehrwöchigen Streik bei Neidig organisiert haben.

Ab 1914 expandierte das mittlerweile am Industriehafen angesiedelte Unternehmen durch Aufträge der Kriegsmarine. Nach 1918 war die Handelsmarine Hauptabnehmer der Neidig-Produkte, die weltweit zum Einsatz kamen. 1932 erschütterte ein heftiger Arbeitskampf, in dem Kommunisten eine Rolle gespielt haben sollen, den Betrieb. Die Unternehmensleitung reagierte mit einer viermonatigen Aussperrung.

Im Faschismus zeigten sich die Eigentümer der Maschinenfabrik Neidig als besonders linientreu. Kontakte von Beschäftigten oder deren Familienmitgliedern mit Menschen jüdischen Glaubens führten ebenso zur Entlassung wie der Ausschluss aus der Nazipartei. Nach 1939 wurden rund 800 Menschen, darunter auch Zwangsarbeiter, von der Firmenleitung ausgebeutet.

Der von den Faschisten begonnene Zweite Weltkrieg hatte eine massive Zerstörung der Produktionsanlagen zur Folge. Nach Kriegsende lief das Geschäft nur langsam wieder an. Die Belegschaft verdoppelte sich von 200 Arbeitenden im Jahr 1948 auf 400 um 1960.

Neidig, damals größter deutscher Hersteller von Zahnradpumpen, ist 1967 Schauplatz eines wochenlangen Streiks von in der IG Metall organisierten Kolleginnen und Kollegen.

1979 musste die Zahnradpumpenfabrik Neidig aufgrund von Streitigkeiten innerhalb der Eigentümerfamilie Konkurs anmelden. Als Zahnradpumpenfabrik Mannheim GmbH wird das Unternehmen danach stark verkleinert fortgeführt.



Plakatwände am Industriehafen, 7. November 2021.

Vor 40 Jahren Kriegsrecht in Polen

M. G

Am 13. Dezember 1981 verhängte der Chef der polnischen Militärregierung, General Wojciech Jaruzelski, das Kriegsrecht über Polen und ließ die Gewerkschaft Solidarność unterdrücken.

Bezeichnenderweise war die Führung der DDR unter Erich Honecker (SED) damit sehr einverstanden. Auch die Bundesregierung unter Helmut Schmidt (SPD) war nicht wirklich empört. Denn damit waren "Ruhe und Ordnung" im Osten der beiden deutschen Staaten wieder hergestellt.

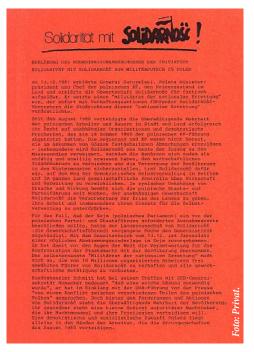
Was damals keiner ahnte: Das war der Anfang vom Ende des spätstalinistischen Macht-blocks unter Kontrolle der Moskauer Kremlbürokratie, und das half, den späteren Sieg des Kapitalismus vorzubereiten.

Doch schauen wir zunächst in das Jahr 1980 zurück. Die Führung der herrschenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) verkündete massive Preiserhöhungen. Spontane Proteststreiks breiteten sich im ganzen Land aus. Im Sommer 1980 war die Danziger Leninwerft das Zentrum der Bewegung. Die Parteispitze sah sich gezwungen, Verhandlungen mit dem dort ge-

gründeten Überbetrieblichen Streikkomitee aufzunehmen.

Am 31. August 1980 wurde die Zulassung einer unabhängigen Gewerkschaft vereinbart. Sie nannte sich Solidarność (Solidarität). Ihr gehörten bald rund 10 Millionen Mitglieder an, darunter viele mit dem Parteibuch der PVAP. Eine starke Strömung setzte sich gegen die prokapitalistischen – von der katholischen Kirche unterstützten – Kräfte für den systematischen Ausbau der Arbeiterselbstverwaltung ein.

Im Dezember 1981 kam es dann gegen die Unterdrückung von Solidarność weltweit zu linken Massenprotesten. Die bundesweite Initiative "Solidarität mit Solidarność", die von der deutschen Sektion der IV. Internationale maßgeblich mitbegründet worden war, rief zu Demonstrationen am 19. Dezember 1981 auf. Auch in Mannheim gingen wir damals auf die Straße.



Mannheimer Betriebsflugblatt vom 14. Dezember 1981.

ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

ie Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt - Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 02.12.2021, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überberieblichen Solikomitees*
- SO, 05.12.2021, 11:00 Uhr, Virtuelle Bildungsreihe der ISO
- Fr, 10.12.2021, 19:00 Uhr, Virtuelle Veranstaltung von #ZeroCovid Rhein-Neckar mit Winfried Wolf
- SA, 11.12. 2021, 17:00 Uhr, ISO-Jahresendfeier*
- DI, 14.12.2021, 19:00 Uhr, Viko #ZeroCovid Rhein-Neckar
- DO, 16.12.2021, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- * [Jeweils mit strikter Beachtung der Gesundheitsschutzregeln.]

